

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: strukturelle Anpassungskrise im Osten - Hochkonjunktur im Westen

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1990) : Bundesrepublik Deutschland: strukturelle Anpassungskrise im Osten - Hochkonjunktur im Westen, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 2, pp. 25-42

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1457>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesrepublik Deutschland: Strukturelle Anpassungskrise im Osten - Hochkonjunktur im Westen

Von Alfred Boss, Malte Fischer, Enno Langfeldt, Eckhard Nitschke, Klaus-Werner Schatz und Peter Trapp

Die wirtschaftliche Entwicklung im vereinigten Deutschland ist gegenwärtig durch krasse Gegensätze zwischen Ost und West gekennzeichnet. In den neuen Bundesländern sahen sich mit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 viele Betriebe gezwungen, ihre Produktion drastisch zu verringern. Die Industrieproduktion erreichte im dritten Quartal 1990 gerade noch die Hälfte ihres Vorjahresstands. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sind stark gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Winterhalbjahr weiter zunehmen, da viele Betriebe nicht wettbewerbsfähig sind und Arbeitskräfte entlassen oder ganz schließen müssen. Die Entfaltung neuer Aktivitäten kommt bislang nur zögerlich voran. Insbesondere die für den Aufbau wichtige Investitionstätigkeit westlicher Investoren ist noch schwach; sie wird gehemmt durch ungelöste Eigentumsfragen, ausstehende Verwaltungsentscheidungen und eine unzureichende Infrastruktur. Allerdings wurde im Dienstleistungsbereich bereits eine erhebliche Zahl von Unternehmen gegründet.

In den alten Bundesländern hat sich das konjunkturelle Anstiegstempo im Sommer nochmals verstärkt. Im dritten Quartal lag das reale Bruttosozialprodukt um 5,5 vH über dem Niveau des Vorjahres. Impulse kamen dabei insbesondere von dem kräftigen Nachfrageschub aus Ostdeutschland. Die privaten Haushalte in den neuen Bundesländern fragten nach Beginn der Währungsunion vor allem westliche Güter nach. Kräftig angeregt wurden die Käufe durch beträchtliche öffentliche Transferzahlungen der alten Bundesländer. Die Exporte in die westlichen Industrieländer stagnierten dagegen infolge deutlich schwächerer Auslandskonjunktur sowie einer spürbaren Aufwertung der D-Mark. Insgesamt ist die Kapazitätsauslastung von dem zuvor erreichten außerordentlich hohen Niveau aus noch weiter gestiegen. Im Sog der günstigen Konjunkturlage hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt spürbar verbessert. Von der Jahreswende 1989/90 bis zum Herbst 1990 sind rund 500 000 neue Arbeitsplätze entstanden. Gleichzeitig ging die Arbeitslosigkeit trotz des starken Zustroms von Aus- und Übersiedlern und des Eintritts geburtenstarker Jahrgänge in das Erwerbsleben deutlich zurück. Ungeachtet des starken Konjunkturaufschwungs blieb der Anstieg der Konsumentenpreise in der Grundtendenz mäßig, die etwas höhere Inflationsrate nach der Jahresmitte spiegelt vor allem den Ölpreisschub wider.

Die starke Nachfrageexpansion in Westdeutschland ist vor allem Reflex einer außerordentlich expansiven Finanzpolitik, das Defizit der öffentlichen Haushalte hat sich seit Beginn der Währungsunion drastisch erhöht. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten sind aber auch wichtige angebotspolitische Effekte verbunden. Auf kurze Sicht hat der Zustrom von Arbeitskräften nach Westdeutschland dazu beigetragen, dort bestehende Engpässe in den Unternehmen zu verringern. Auch hat die wirtschaftliche und politische Vereinigung Deutschlands die Unternehmen veranlaßt, ihre Investitionspläne aufzustocken, weil neue Absatzmärkte Chancen für rentable Investitionen bieten. Solche Integrationseffekte werden im Laufe der Zeit an Stärke gewinnen. Nicht bewahrheitet haben sich Befürchtungen, es werde wegen der starken Zuwanderung von Arbeitskräften zu steigender Arbeitslosigkeit kommen. Auch die Engpässe auf dem Wohnungsmarkt waren nicht so dramatisch wie

vielfach erwartet. Die Vorhersage, es werde nach der Währungsumstellung in Ostdeutschland zu einem Preisschub kommen, hat sich ebenfalls nicht erfüllt.

Die wirtschaftliche Aktivität in Ostdeutschland wird zunächst gedrückt bleiben, weil nach wie vor die Produktions- und Kostenstrukturen erst an die neuen Marktbedingungen angepaßt werden müssen. Auch werden viele Betriebe, die bisher durch Subventionen am Leben erhalten werden, wegen mangelnder Sanierungsfähigkeit in Konkurs gehen müssen. Eine solche Bereinigung ist unumgänglich und Voraussetzung für einen nachhaltigen Aufschwung. Außerdem braucht es Zeit, bis die Unternehmen sich umgestellt haben, die Verwaltung reibungslos funktioniert und notwendige politische Entscheidungen getroffen werden. Wir sehen gute Chancen, daß es im Sommer 1991 zu einer deutlichen Belebung in Ostdeutschland kommt, insbesondere auch weil Hemmnisse für Investoren mehr und mehr verringert werden.

In Westdeutschland deuten gegenwärtig viele Indikatoren darauf hin, daß sich der nun bereits acht Jahre andauernde Aufschwung im nächsten Jahr fortsetzen wird, wenn auch abgeschwächt. Die Binnennachfrage ist weiter deutlich aufwärtsgerichtet. Umfragen signalisieren, daß die Unternehmen ihre Investitionen 1991 erneut kräftig ausweiten wollen. Auch das Konsumklima ist günstig. Aus Ostdeutschland ist weiterhin mit einer lebhaften Nachfrage zu rechnen; dabei dürfte sich das Schwergewicht von den Konsumgütern auf die Investitionsgüter verlagern. Allerdings wird die Inlandsnachfrage durch einen stärkeren Preis- und Kostenanstieg sowie durch etwas höhere Zinsen leicht gedämpft werden. Die Auslandsnachfrage wird nur wenig zunehmen, da die konjunkturelle Expansion in wichtigen Partnerländern mäßig bleibt.¹ Wir erwarten daher, daß sich das konjunkturelle Anstiegstempo 1991 etwas abschwächt. Insgesamt wird die Kapazitätsauslastung in Westdeutschland 1991 außerordentlich hoch bleiben. Vermehrte deutsche Importe werden die Konjunktur in den Partnerländern stützen.

Vereinigung läßt Budgetdefizite in die Höhe schnellen

Die Entwicklung der Einnahmen und der Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) im Jahre 1990 war durch den deutschen Einigungsprozeß bestimmt. Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte im Gebiet der bisherigen Bundesrepublik Deutschland haben um 10 vH zugenommen, nach 3,5 vH im Durchschnitt der Jahre 1982-1989. Ohne die Zahlungen an die öffentlichen Haushalte der ehemaligen DDR (45 Mrd. DM) beläuft sich der Anstieg 1990 auf 5,5 vH. Die Einnahmen des Staates sind 1990 in den alten Bundesländern um knapp 4 vH gestiegen. Dabei expandierten die Steuereinnahmen - trotz der beträchtlichen Steuerentlastung zum 1. Januar 1990 - um 2,5 vH. Die Steuerquote dürfte 1990 um mehr als einen Prozentpunkt geringer ausgefallen sein als im Durchschnitt der Jahre 1982-1989 (24,7 vH).

Im Jahre 1991 werden die gesamten Ausgaben nochmals um rund 10 vH steigen. Der Staatsverbrauch dürfte mit 6 vH etwas stärker zunehmen als 1990, denn die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst werden ebenso wie die Preissteigerungen für die vom Staat nachgefragten Güter etwas höher ausfallen als im Vorjahr. Die Sozialleistungen werden ebenfalls beschleunigt steigen. So ist beschlossen worden, die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung um mehr als 5 vH (1. Juli 1990: 3,2 vH) anzuheben. Auch sind das Wohngeld, das Erziehungsgeld und das Kindergeld erhöht worden. Außerdem wird der

¹ Vgl. hierzu Stefanie Bessin, Klaus-Jürgen Gern, Malte Fischer, Eckhard Nitschke, Klaus-Werner Schatz, Peter Trapp, "Gedämpfte Konjunkturperspektiven in den Industrieländern", in diesem Heft.

Bundeshaushalt 1991 erheblich durch die Hilfszusagen an die Sowjetunion belastet werden. Anders als 1990 wird das Steueraufkommen 1991 kräftig steigen. Allein infolge der – progressionsbedingt – überproportionalen Erhöhung des Lohn- und Einkommensteueraufkommens sind Mehreinnahmen von rund 10 Mrd. DM zu erwarten.

Das Finanzierungsdefizit aller öffentlichen Haushalte (einschließlich des Fonds "Deutsche Einheit", aller Sondervermögen und der Treuhandanstalt) dürfte sich – in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – 1990 auf 85 und 1991 auf 130 Mrd. DM belaufen. In der Abgrenzung der Finanzstatistik dürfte das Budgetdefizit und damit die gesamte staatliche Nettokreditaufnahme 95 bzw. 140 Mrd. DM betragen, das entspricht 3,5 bzw. 5 vH des gesamtdeutschen Bruttosozialprodukts. Die Neuverschuldung aller Gebietskörperschaften wird wohl 115 bzw. 150 Mrd. DM ausmachen; der Einnahmenüberschuß der Sozialversicherung dürfte 20 bzw. 10 Mrd. DM betragen. Diese Prognose ist freilich mit erheblichen Risiken behaftet; beispielsweise ist es wenig durchschaubar, inwieweit die Treuhandanstalt aufgrund der Verbürgung von Bankkrediten, die notleidend werden, in Anspruch genommen werden und in welchem Ausmaß sie durch Zinszahlungen unter anderem auf Altschulden belastet werden wird.

Im Jahre 1991 werden bestimmte "Kosten der Teilung" wie z.B. die Transitpauschale entfallen. Die Bundesregierung hat zudem den Verteidigungshaushalt gekürzt; weitere Abstriche werden geplant. Es gibt darüber hinaus vielfältige Möglichkeiten, Ausgaben einzusparen, insbesondere bei den Subventionen.² Allein die Finanzhilfen des Bundes, der Länder und der Gemeinden werden 1991 rund 80 Mrd. DM betragen. Bei den Lohnverhandlungen für den öffentlichen Dienst wird zu beachten sein, daß es dem Aufholprozeß in der ehemaligen DDR abträglich wäre, wenn durch starke Lohnerhöhungen im Westen falsche Signale für den öffentlichen Dienst und die gewerbliche Wirtschaft in den neuen Bundesländern gesetzt würden.

Werden nicht die Staatsausgaben gekürzt, sondern Steuern erhöht, so bedeutet dies nicht notwendigerweise, daß die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte und die Zinsen geringer ausfallen. Die Erfahrungen nicht nur der frühen achtziger Jahre sprechen dafür, daß die Staatsausgaben bei Steueranhebungen eher höher sind, da Ausgabenwünsche nur dann wirksam zurückgedrängt werden können, wenn die Staatskassen leer sind. Höhere Steuersätze (bei gleichzeitig vermehrten Staatsausgaben) beeinträchtigen ferner die Leistungs-, Investitions- und Risikobereitschaft. Sie dämpfen die wirtschaftliche Aktivität und bremsen das Expansionstempo der Basis aller Steuern: der Einkommen und der Umsätze. Zudem ist zu bedenken, daß die Bundesrepublik Deutschland mit anderen Ländern im Wettbewerb um international mobiles Kapital steht. Viele Länder haben ihre Steuern im Verlauf der achtziger Jahre gesenkt, um für Investoren attraktiv zu werden.

Es ist deshalb angezeigt, die Steuern nicht zu erhöhen, sondern zu senken. Dies könnte – im Vorgriff auf eine Steuerreform in der gesamten Bundesrepublik – dadurch geschehen, daß das Gebiet der ehemaligen DDR eine Niedrigsteuerregion wird. Gegen eine Steueroase werden verschiedene Einwendungen vorgebracht. Insbesondere wird auf die Gefahr lediglich steuerbedingter Wohnsitz- und Unternehmenssitzverlagerungen hingewiesen. Die Vorbehalte sind aber insgesamt nicht überzeugend.³

² Vgl. Astrid Rosenschon, "Berlin-Förderung auf dem Prüfstand", in diesem Heft.

³ Vgl. Alfred Boss, "Budgetdefizite und Finanzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland", in diesem Heft.

Währungsunion macht Geldmengenziel nicht obsolet

Die Geldpolitik stand im Sommerhalbjahr vor allem im Zeichen der Ausweitung des Währungsraumes der D-Mark auf die neuen Bundesländer. Durch den Umtausch der Mark der DDR in D-Mark hat sich die Geldmenge M3 um knapp 15 vH erhöht. Dies war nicht nur deutlich mehr als erwartet, sondern überstieg auch den Beitrag Ostdeutschlands zum gesamtdeutschen Produktionspotential, der 1990 bei 10 vH liegen dürfte. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß in der ehemaligen DDR nicht die Möglichkeit bestand, Geldvermögen in anderen Anlageformen (z.B. Sparbriefe oder Staatsanleihen) zu halten. Die Umschichtung in höher verzinsliche Finanzanlagen kommt jedoch allmählich voran und dämpft die Geldmengenexpansion in den neuen Bundesländern. Insgesamt ist es durch die Währungsunion nicht zu einer inflationserhöhend wirkenden Ausweitung der Geldmenge gekommen. In den alten Bundesländern hat sich die Geldmengenausweitung im Herbst etwas beschleunigt, sie lag jedoch noch innerhalb des angestrebten Zielkorridors. Allerdings hat sich der Preisanstieg infolge der Ölverteuerung sprunghaft erhöht, zudem zeichnen sich höhere Lohnabschlüsse für 1991 ab. Dies mag dazu beigetragen haben, daß die Bundesbank Anfang November den Lombardsatz um einen halben Prozentpunkt auf 8,5 % erhöht hat.

Mit der jüngsten Leitzinserhöhung wollte die Notenbank vermutlich ein Signal setzen, daß sie nicht gewillt ist, eine nachhaltige Beschleunigung des Preisanstiegs hinzunehmen. Um dem Nachdruck zu verleihen, hat sie – wie in den Vorjahren – ein Geldmengenziel verkündet. Danach soll die Geldmenge M3 vom vierten Quartal des Jahres 1990 bis zum vierten Quartal 1991 mit einer Rate von 4 bis 6 vH ausgeweitet werden. Ein solches Geldmengenwachstum, das sich vorwiegend an der Entwicklung des nominalen Produktionspotentials in den alten Bundesländern ausrichtet, scheint vertretbar. Es läßt in den neuen Bundesländern nach dem spürbaren Rückgang des Produktionspotentials in diesem Jahr durchaus Raum für eine kräftige Expansion des Produktionspotentials im kommenden Jahr. Der Schaden, der durch den Verzicht auf die Ankündigung eines Geldmengenziels entstehen würde, wäre dagegen sicherlich groß; dies würde nämlich bei den Marktteilnehmern zu einer erheblichen Verunsicherung über den zukünftigen Kurs der Geldpolitik und die weitere Entwicklung des Geldwertes führen.

Für unsere Prognose nehmen wir an, daß die Geldmenge M3 im kommenden Jahr mit einer Rate von etwa 5 vH in der Mitte des Zielkorridors expandiert. Damit wäre die Zuwachsrate ähnlich hoch wie 1990. Infolge des beschleunigten Preisanstiegs wird sich die Ausweitung der realen Geldmenge verlangsamen, und die Zinsen werden wohl nochmals etwas ansteigen. Insgesamt dürfte die Geldpolitik 1991 leicht dämpfend wirken.

Die Bundesbank sollte von dem mit dem Geldmengenziel angekündigten potentialorientierten Kurs nicht abweichen, wenn sich der Preisanstieg im nächsten Jahr infolge höherer Ölpreise, einer Anhebung von indirekten Steuern oder unerwartet hoher Tariflohnsteigerungen mehr beschleunigt als allgemein erwartet wird. All diese Faktoren verstärken den Anstieg der Konsumentenpreise zwar auf kurze Sicht. Durch den Preisanstieg ergeben sich jedoch – auch bei unveränderter Geldmengenexpansionsrate – eine automatische Verringerung des Zuwachses der realen Geldmenge und ein Anstieg der Zinsen. Davon gehen dämpfende Effekte auf die Binnennachfrage aus. In die gleiche Richtung wirkt, daß durch höhere Ölpreise die Kaufkraft von Haushalten und Unternehmen eingeschränkt wird. All dies dämpft – freilich mit einiger Verzögerung – den Preisanstieg. Würde versucht, den kurzfristigen Preisniveauerhöhungen mit einer restriktiven Geldpolitik entgegenzuwirken, dann entstünde zusätzlicher Anpassungsdruck in der Wirtschaft und damit die Gefahr einer Rezession.

Zunehmender Lohnkostendruck

Im Jahre 1990 hat sich der Lohnkostenanstieg sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland deutlich verstärkt. In Ostdeutschland kam es bereits im Vorfeld der Währungsumstellung zu spürbaren Lohnanhebungen. Nachdem mit dem Staatsvertrag die Tarifautonomie eingeführt worden war, vereinbarten die neugegründeten Gewerkschaften und Unternehmensverbände zusätzlich Anhebungen der Tariflöhne um rund ein Drittel; davon entfiel ein Großteil auf einheitliche Sockelbeträge. Dies hat die Differenzierung der Löhne in den neuen Bundesländern, die ohnehin wenig ausgeprägt war, weiter verringert. Die hohen Lohnsteigerungen wurden vor allem damit begründet, daß sich sonst die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion negativ auf die Kaufkraft der Arbeitnehmer ausgewirkt hätte. Zwar hat sich die Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitnehmer infolge der Übernahme des westdeutschen Sozialversicherungssystems deutlich erhöht. Befürchtungen, die Währungsumstellung und die Preisfreigabe werde zu einem deutlichen Anstieg des Preisniveaus führen, haben sich aber als falsch herausgestellt. Bei den Lohnerhöhungen hat auch die Vorstellung eine Rolle gespielt, das ostdeutsche Lohnniveau an das westdeutsche Lohnniveau heranzuführen. Zur Jahreswende 1990/91 liegen die Bruttolöhne je Beschäftigten in Ostdeutschland bei etwa 50 vH des westdeutschen Niveaus, zu Jahresbeginn 1990 waren es rund 30 vH.

Trotz rasch steigender Arbeitslosigkeit und weiterhin hoher Kurzarbeit werden die Tariflohnsteigerungen auch im nächsten Jahr kräftig sein. Die Gewerkschaften streben weiterhin an, die Löhne in den neuen Bundesländern möglichst zügig an die in Westdeutschland anzugleichen. Die Unternehmen werden diesem Drängen erneut vermutlich nur wenig Widerstand entgegensetzen. Zum einen meinen sie, durch hohe Lohnsteigerungen das Abwandern qualifizierter Arbeitskräfte verhindern zu müssen; ein an sich wichtiges Anliegen, dem man allerdings nicht durch allgemeine, sondern durch an den Knappheitsverhältnissen ausgerichtete differenzierte Lohnerhöhungen nachkommen sollte. Zum anderen scheinen viele Unternehmen darauf zu vertrauen, daß aus den Lohnerhöhungen resultierende Verluste durch finanzielle Leistungen der Treuhandanstalt ausgeglichen werden. Wir erwarten für Ostdeutschland Tariflohnanhebungen, die bei etwa 10-15 vH liegen.

Solche Lohnsteigerungen in den neuen Bundesländern mögen zwar für Investoren tragbar sein, die demnächst Betriebe mit einer Produktivität errichten, die kaum niedriger als im Westen sein dürfte. Für die alten Betriebe - sie müssen noch für längere Zeit den weitaus größten Teil der Arbeitsplätze bieten - ist dagegen jegliche Lohnerhöhung schädlich. Für sie kommt es gegenwärtig darauf an, die Kosten zu senken und Investitionen zur Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit zu tätigen. Nur auf diese Weise können sie wettbewerbsfähig werden und damit vorhandene Arbeitsplätze sichern. Mäßige Lohnsteigerungen jetzt sind nicht nur Voraussetzung für eine rasche Ausweitung der Zahl der Beschäftigten, sondern sie legen gleichzeitig den Grundstein dafür, daß die künftigen Einkommen in Einklang mit dem dann höheren Produktivitätsfortschritt beschleunigt steigen können.

Beim Vergleich des Lohnniveaus in Ostdeutschland mit dem Lohnniveau in Westdeutschland wird üblicherweise die Höhe der Bruttolöhne zugrunde gelegt. Dabei wird jedoch übersehen, daß die Arbeitnehmer in Westdeutschland wegen des progressiven Einkommensteuertarifs eine höhere Steuerbelastung haben. Hinzu kommt, daß die Lebenshaltungskosten wegen beispielsweise niedrigerer Mieten und Dienstleistungspreise im Osten unter denen im Westen liegen. Die realen Einkommensdifferenzen sind also weniger ausgeprägt, als dies im Vergleich der Bruttolöhne zum Ausdruck kommt. Ferner muß bedacht werden, daß nicht nur Einkommensdifferenzen einen Anlaß zur Abwanderung bieten, ein solcher

Anlaß wäre auch eine hohe Arbeitslosigkeit. Dies gilt insbesondere, wenn kaum Chancen für eine rasche Besserung der Arbeitsmarktlage gesehen werden.

Oberstes Ziel in der kommenden Lohnrunde in den neuen Bundesländern sollte eine stärkere Differenzierung der Löhne sein, mit der den Knappheiten im Hinblick auf die Qualifikation der Arbeitnehmer sowie der regional und sektoral unterschiedlichen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen Rechnung getragen wird. Die Tarifparteien scheinen in vielen Bereichen gewillt, die westdeutsche Lohnstruktur und damit eine stärkere Lohnspreizung zu übernehmen. Dies bedeutet gegenüber der jetzigen Regelung eine deutliche Verbesserung; besser wäre es aber, bei mäßigen Basislohnsteigerungen den einzelnen Unternehmen die Möglichkeit zu geben, durch freiwillige Zuschläge qualifizierte Arbeitskräfte entweder am Abwandern zu hindern oder anzuwerben. Die marktgerechte Differenzierung der Löhne kann nicht am grünen Tisch herausgefunden werden, und in der Umbruchsituation in den neuen Bundesländern entspricht die Lohnstruktur der alten Bundesländer, die auch dort häufig als unangemessen kritisiert wird, sicherlich nicht den Erfordernissen in Ostdeutschland.

Vielfach wird gegenwärtig verlangt, Kündigungs- und Rationalisierungsschutzvereinbarungen zum Gegenstand der Tarifverträge zu machen bzw. bereits bestehende Abkommen fortzuschreiben. Aus der Sicht der einzelnen Arbeitnehmer, deren Arbeitsplatz gefährdet ist, ist ein solches Drängen verständlich. In der Marktwirtschaft können auf Dauer unrentable Arbeitsplätze jedoch nicht erhalten werden, nach aller Erfahrung selbst durch staatliche Subventionen nicht. Vor allem ist zu bedenken, daß eine solche Politik zu Lasten des Entstehens neuer Arbeitsplätze geht. Tarifverträge sollten daher einen Abbau unrentabler Arbeitsplätze nicht verhindern.

In Westdeutschland hat sich der Lohnkostendruck im Jahre 1990 ebenfalls spürbar verstärkt. In der Gesamtwirtschaft betrug der Anstieg der tariflichen Stundenlöhne 1990 reichlich 5,5 vH. Die Lohnstückkosten nahmen mit 2,5 vH beträchtlich rascher zu als 1989 (0,4 vH). Die im Laufe des Jahres neu vereinbarten Tariflohnerhöhungen lagen im Durchschnitt der Branchen sogar bei rund 6 vH. Obwohl die bislang für 1991 vorliegenden Lohnforderungen, beispielsweise die für die Metallindustrie und den öffentlichen Dienst, deutlich über die der letzten Lohnrunde hinausgehen, erwarten wir für 1991 Lohnsteigerungen, die mit reichlich 6 vH nur wenig höher als im Vorjahr sein werden. Dämpfend auf die Lohnabschlüsse wirkt, daß es im nächsten Jahr wegen der anhaltenden Zuwanderung aus Osteuropa und der sich verstärkenden Integration der Arbeitsmärkte der alten und der neuen Bundesländer abermals eine erhebliche Zunahme des Arbeitskräfteangebots geben wird. Aber auch bei Tariflohnsteigerungen in dieser Höhe ist wegen der verlangsamten Produktionsausweitung und des verminderten Anstiegs der Produktivität mit einer weiteren Beschleunigung des Lohnstückkostenanstiegs auf rund 4 vH zu rechnen.

Die bevorstehende Lohnrunde verlangt von den Tarifparteien ein hohes Maß an Verantwortung. Insbesondere ist zu berücksichtigen, daß Lohnsteigerungen, mit denen ein Ausgleich für die Verschlechterung der Terms of trade oder eine Erhöhung von Verbrauchsteuern durchgesetzt wird, zu Lasten der Gewinne gehen. Würde trotzdem ein entsprechender Ausgleich in den Tarifverträgen vereinbart, so ginge dies zu Lasten der Investitionen und der Beschäftigung. Hilfreich wäre es auch, wenn die Tarifparteien den bereits eingeschlagenen Weg hin zu einer verstärkten Flexibilisierung der Arbeitszeit fortsetzen würden. Dies verlängert die Betriebsnutzungszeit und macht damit auch im Hinblick auf den intensiveren Wettbewerb auf dem europäischen Markt den Standort Bundesrepublik wettbewerbsfähiger.

Ostdeutschland: Anpassung der Wirtschaft braucht Zeit

Mit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 ist die Wirtschaft Ostdeutschlands praktisch ohne Vorbereitung dem Wettbewerb durch die Unternehmen aus Westdeutschland und anderen westlichen Industrieländern ausgesetzt worden. Im Zuge dieser Vereinbarung wurde nicht nur das marktwirtschaftliche System übernommen, sondern auch die D-Mark als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt. Damit entfiel die Möglichkeit, den Wechselkurs als Puffer einzusetzen. Die Unternehmen haben auf das Vordringen westlicher Produkte mit einer drastischen Kürzung der Produktion reagiert. Besonders ausgeprägt war die Drosselung der Produktion im Bereich der Industrie (Schaubild 1). Aber auch in der Landwirtschaft, im Handel und im Verkehr sowie in der Bauwirtschaft sanken Umsatz und Produktion beträchtlich. In der Folge ist die Beschäftigung deutlich zurückgegangen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit blieb weit hinter dem zurück, was aufgrund der Produktionsentwicklung zu erwarten gewesen wäre, dazu hat neben der Abwanderung vor allem eine umfassende Kurzarbeitsregelung beigetragen.

Die fehlende Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Ostdeutschland hat ihre Ursache in den Schwächen des vierzig Jahre gültigen zentralistischen Wirtschaftssystems: Preisrelationen, die mit Knappheiten wenig zu tun hatten, mangelnder Wettbewerb im Inneren und nach außen, fehlende Anreize für Unternehmen und Beschäftigte sowie eine ineffiziente Zuteilung von Ressourcen. In der Folge mangelt es nicht nur an technischem Wissen, sondern auch an Kenntnissen über Marketing und Management. Der desolate Zustand der Umwelt und des Kapitalstocks zeigen ferner, daß sowohl die Erhaltung des Lebensraums als auch die Sicherung der künftigen Einkommen sträflich vernachlässigt worden sind.

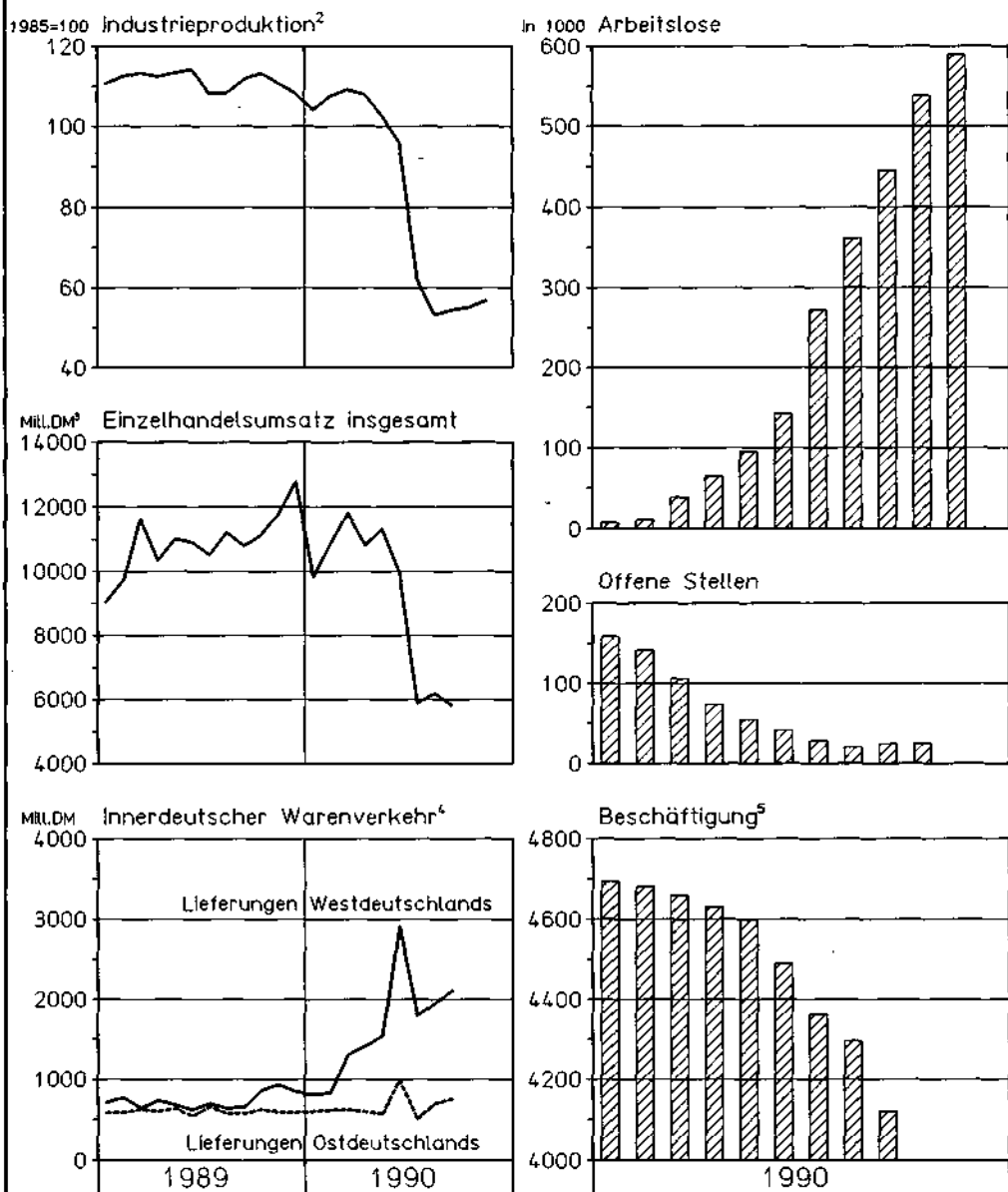
All diese Mängel lassen erkennen, wie grundlegend der Erneuerungsbedarf der ostdeutschen Wirtschaft ist. Eine größere Anzahl von Betrieben, die derzeit noch mit Hilfe von Liquiditätskrediten der Treuhandanstalt und durch die zeitweilige Aussetzung der Konkursordnung am Leben erhalten werden, muß in den kommenden Monaten wohl stillgelegt werden. Andere haben nur in Zusammenarbeit mit westlichen Unternehmen eine Überlebenschance; dies wird inzwischen auch zunehmend von der Leitung der Unternehmen erkannt. Westliche Firmen bekunden reges Interesse an einer Kooperation mit ostdeutschen Firmen oder an einer Unternehmensneugründung. Die Mehrzahl der Unternehmen hat zunächst den Aufbau von Vertriebs- und Servicesystemen vorangebracht.

Eine zügige Realisierung von Investitionsprojekten wurde bisher oft dadurch gehemmt, daß die Privatisierung staatlicher Betriebe nur sehr zögerlich vorankommt, daß die Eigentumsverhältnisse noch unklar sind, daß die Erwerber befürchten, für bestehende Altlasten der Betriebe in Anspruch genommen zu werden und daß nicht in ausreichendem Umfang Gewerbeflächen bereitstehen. Außerdem bestehen häufig Engpässe in der Infrastruktur. Wir erwarten jedoch, daß der Abbau der Investitionshemmnisse nach der politischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten zügig vorankommt.

So dürfte die Privatisierung von Unternehmen im nächsten Jahr deutliche Fortschritte machen. Die Einsicht setzt sich stärker durch, daß es nicht Aufgabe der Treuhandanstalt sein kann, die staatlichen Betriebe zu sanieren, bevor sie verkauft werden. Bei der Vielzahl der Betriebe und der Komplexität der Umstrukturierung sind die Mitarbeiter der Treuhandanstalt bei dieser Aufgabe wohl überfordert. Sie können beispielsweise nicht wissen, ob nicht Betriebe in völlig neuen Verwendungsbereichen wettbewerbsfähig sind. Noch wichtiger aber ist, die Betriebe aus staatlichem in privates Eigentum zu überführen, da die Eigenverantwortung der privaten Anteilseigner der beste Schutz vor ineffizienter Unternehmensführung ist. Die Treuhandanstalt sollte daher die Unternehmen zügig privatisieren

Schaubild 1

Indikatoren¹ zur wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland



¹Nicht saisonbereinigt. - ²Industrielle Warenproduktion der Volkswirtschaft. - ³Bis Juni 1990 Mark der DDR. - ⁴Saisonbereinigt. - ⁵Arbeiter und Angestellte in Industrie, Bauwirtschaft, Handel, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen.



und dabei für Markttransparenz sorgen und eine Mißbrauchsaufsicht durchführen. Bei der Aufstellung eines Verkaufsprospekts, der öffentlichen Ausschreibung und der Abwicklung des Verkaufs könnte sich die Treuhandanstalt der Hilfe der Privatwirtschaft, beispielsweise der Banken, bedienen.

Beim Ausbau der Infrastruktur dürfte es im kommenden Jahr ebenfalls Fortschritte geben. So hat beispielsweise die Telekom ihre Investitionen in den Ausbau des Telekommunikationssystems in den neuen Bundesländern bereits beträchtlich aufgestockt. Angesichts der Größe und der Dringlichkeit des aufgestauten Investitionsbedarfs im Bereich der Infrastruktur können die dafür benötigten Mittel aber nicht allein von den Gebietskörperschaften und öffentlichen Unternehmen aufgebracht werden. Aus diesem Grund sollten rasch die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden, daß auch private Investoren in die Telekommunikation und in den Ausbau der Verkehrswege investieren können. Vielfältige Investitionsgelegenheiten gäbe es zudem im kommunalen Bereich (z.B. Müllverbrennung). Von den Erfahrungen anderer Länder bei der privaten Bereitstellung von Infrastruktur läßt sich dabei profitieren.

Mit dem Aufbau der Länder und der kommunalen Verwaltungen dürften zahlreiche administrative Hemmnisse für Unternehmen verringert werden. So ist insbesondere damit zu rechnen, daß vermehrt Gewerbeflächen ausgewiesen werden. Durch Entscheidung der Verwaltung, des Gesetzgebers oder der Rechtsprechung dürfte auch mehr Klarheit hinsichtlich Eigentumsansprüchen der Altlasten im Umweltbereich hergestellt werden. Dies läßt erwarten, daß zunehmend Investitionsprojekte, insbesondere auch westlicher Investoren, verwirklicht werden.

Auch die Investitionen der Unternehmen in Ostdeutschland dürften nach und nach spürbar steigen. Die Anpassung ihrer Produkte in bezug auf Qualität und Aufmachung an westliche Standards und die Verbesserung von Management- und Marketingkenntnissen dürften allmählich die Absatzaussichten auch in den neuen Bundesländern verbessern. Hinzu kommt, daß sich schrittweise das Dienstleistungsangebot vergrößert. So sind in den ersten drei Quartalen von 1990 bereits netto rund 185 000 neue Gewerbe entstanden. Dies zeigt, daß bei vielen Bürgern in den neuen Bundesländern auch nach vierzig Jahren Planwirtschaft Flexibilität und Risikobereitschaft nicht abhanden gekommen sind. Alles in allem ist im kommenden Jahr mit einer kräftigen Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen in den neuen Bundesländern zu rechnen.

Für den Wirtschaftsbau gehen von der Errichtung neuer und der Modernisierung bestehender Produktions- und Vertriebsseinrichtungen erhebliche Anregungen aus. Hinzu kommen beträchtliche Impulse durch die Ausweitung der Investitionen von Bahn und Post. Im öffentlichen Bau ist im kommenden Jahr ebenfalls mit einer deutlichen Zunahme zu rechnen. So ist ein Zinssubventionsprogramm für kommunale Investitionen in Höhe von 10 Mrd. DM für die Jahre von 1990 bis 1993 aufgelegt worden, von dem Kommunen verstärkt Gebrauch machen werden. Im Wohnungsbau sind Impulse von der Modernisierung und Instandsetzung des vorhandenen Wohnungsbestands zu erwarten. Hier stehen für den Zeitraum bis 1993 Mittel zur Förderung eines Investitionsvolumens von ebenfalls 10 Mrd. DM zur Verfügung. Der Neubau von Eigenheimen und von Eigentumswohnungen wird angesichts der noch vergleichsweise niedrigen Einkommen sowie der derzeit hohen Zinsen wohl nur sehr langsam expandieren. Auch im Mietwohnungsbau zeichnet sich keine rasche Belebung ab. Die grundsätzliche Beibehaltung der Mietpreisbindung und die nur sehr zögerliche Anpassung der Mieten machen derzeit Investitionen in diesem Bereich nicht rentabel. Infolge von Mietpreisbindung und unzureichender Rendite im Mietwohnungsbau setzt sich nicht nur der Verfall der Wohnsubstanz fort; der Bestandsschutz für die bishe-

gen Mieter hemmt auch die regionale Mobilität der Arbeitskräfte, der Strukturwandel wird also behindert. Besser wäre es, die Mieten rasch freizugeben; sozialen Belangen könnte durch das Wohngeld Rechnung getragen werden.

In diesem Jahr haben die privaten Haushalte in Ostdeutschland ihre Konsumausgaben trotz der Umstellungskrise kräftig ausgeweitet. Zur Finanzierung des lange Zeit aufgestauten Bedarfs bei Konsumgütern und Reisen haben sie nach der Einführung der D-Mark ihre Ersparnisbildung spürbar reduziert. Im kommenden Jahr ist, auch angesichts der hohen Beschäftigungsrisiken und attraktiver Kapitalanlagemöglichkeiten, wohl mit einer höheren Spartätigkeit zu rechnen. Trotz einer geringeren Beschäftigtenzahl wird das verfügbare Einkommen zunehmen, da die Transfer- und Lohnzahlungen ausgeweitet werden. Da jedoch die Verbraucherpreise wegen der Anhebung von Mieten, Verkehrstarifen und Energiepreisen deutlich höher sein werden, wird der reale private Verbrauch 1991 wohl leicht rückläufig sein.

Der Außenhandel der DDR war durch eine starke Konzentration auf die Staatshandelsländer, insbesondere die Sowjetunion, gekennzeichnet. So führte die DDR 1989 noch mehr als 70 vH ihrer Waren in RGW-Staaten aus und bezog von dort knapp 70 vH ihrer Importe. Zwar konnten die Betriebe der DDR zu Beginn der Währungsunion ihre Ausfuhren in die Staatshandelsländer nahezu aufrechterhalten, nicht zuletzt, weil Subventionen geleistet wurden. Gegenwärtig jedoch nehmen diese Lieferungen deutlich ab. Da die Exporthilfen im nächsten Jahr voraussichtlich gekürzt werden und die Fakturierung im Warenverkehr mit osteuropäischen Staatshandelsländern auf konvertible Währung umgestellt wird, muß mit einem weiteren Rückgang ostdeutscher Warenlieferungen in diese Länder gerechnet werden. Auch die Ausfuhr von Waren nach Westdeutschland und ins westliche Ausland ist gegenwärtig bedingt durch das Fehlen qualitativer und preislicher Wettbewerbsfähigkeit rückläufig. Hier dürften sich erst allmählich deutliche Verbesserungen ergeben. Dagegen nimmt die Ausfuhr von Diensten aus Ostdeutschland im kommenden Jahr spürbar zu. So wird die Zahl von Pendlern aus Ostdeutschland, die in Westdeutschland einer Erwerbstätigkeit nachgehen, im nächsten Jahr noch einmal erheblich steigen. Insgesamt werden die neuen Bundesländer ihre zusammengefaßte Ausfuhr von Waren und Diensten 1991 gegenüber dem laufenden Jahr erhöhen.

Die regionale Entwicklung der Einfuhr Ostdeutschlands wies in diesem Jahr sehr unterschiedliche Tendenzen auf. Die stark ausgeprägte Präferenz der ostdeutschen Konsumenten für westliche Produkte ließ den Import von Konsumgütern insbesondere aus Westdeutschland in die Höhe schnellen. Dagegen stornierten Betriebe der damaligen DDR ihre Aufträge an die osteuropäischen Staatshandelsländer, da deren Produkte bei schlechtem Preis-Qualitäts-Verhältnis keine Nachfrage mehr auf dem ostdeutschen Markt fanden. Durch fehlende Transferrubelumlöse hat sich die Handelsschuld der Sowjetunion und anderer ehemaliger RGW-Länder gegenüber der ehemaligen DDR beträchtlich erhöht. Auch im kommenden Jahr wird die Wareneinfuhr aus westlichen Industrieländern, besonders aus Westdeutschland, nochmals kräftig zulegen, sich aber allmählich schwergewichtig von Konsum- auf Investitionsgüter verlagern. Bei der Einfuhr von Diensten wird sich der Nachholbedarf ostdeutscher Bürger nach Reisen ins westliche Ausland bemerkbar machen.

Insgesamt spricht vieles dafür, daß die Produktion in Ostdeutschland im Winterhalbjahr 1990/91 wohl noch auf niedrigem Niveau verharren wird. Einige Betriebe werden bereits ihre Produktion ausweiten, ebenfalls produktionssteigernd wirken die Leistungen der neugegründeten Unternehmen. Dem steht aber gegenüber, daß noch eine größere Anzahl von Betrieben ihre Produktion einstellen wird, da hier ein Konkurs unausweichlich ist. Mit einem so bedingten kräftigen Ausfall von Produktion ist zwar nicht zu rechnen, weil viele

dieser Betriebe die Produktion ohnehin schon sehr stark zurückgeschraubt haben und die Belegschaften kurzarbeiten. Die Konkurse werden aber aus versteckter offene Arbeitslosigkeit machen, und dies wird wohl nochmals zu einem deutlichen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen führen. Im zweiten Halbjahr 1991 ist jedoch mit einem kräftigen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu rechnen; dabei dürfte das Vorjahresniveau deutlich um rund 10 vH überschritten werden. Im Durchschnitt des Jahres wird das reale Bruttoinlandsprodukt dagegen wohl nochmals um rund ein Zehntel geringer als im Vorjahr sein, nachdem es 1990 bereits um etwa ein Fünftel niedriger war. Wegen der beträchtlichen Einkommen der Pendler wird das reale Bruttosozialprodukt dagegen nur um rund 5 vH zurückgehen. Die Belebung der Produktion wird sich vermutlich erst mit einer Verzögerung am Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Wir rechnen damit, daß zum Tiefpunkt, den wir für Ende 1991 erwarten, nur noch 6,5 Mill. Menschen in den neuen Bundesländern beschäftigt sind.

Westdeutschland: Nachfrageschub aus Ostdeutschland

Der Konsumstoß aus Ostdeutschland hat die Konjunktur in Westdeutschland kräftig belebt. Nach der Öffnung der Grenzen, vor allem aber nach Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zur Mitte dieses Jahres, erhöhten sich die Umsätze im Einzelhandel sowie in den Verbrauchsgüterindustrien außerordentlich stark (Schaubild 2). Indirekt gingen auch auf die anderen Bereiche der Wirtschaft positive Wirkungen von der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands aus; insbesondere regten die zunehmend auftretenden Kapazitätsengpässe vermehrt zu Erweiterungsinvestitionen an. Der starke Zustrom von qualifizierten Arbeitskräften hat zudem den bestehenden Personalmangel verringert und so dazu beigetragen, daß dem Nachfrageschub auch eine rasche Ausweitung des Angebots gegenüberstand. Die vermehrte Beschäftigung war neben der Steuersenkung zu Beginn des Jahres und höheren Tariflohnsteigerungen maßgeblich für die kräftige Ausweitung des privaten Verbrauchs. Auch auf die Wohnungsbauinvestitionen gingen von der Zuwanderung spürbare Impulse aus.

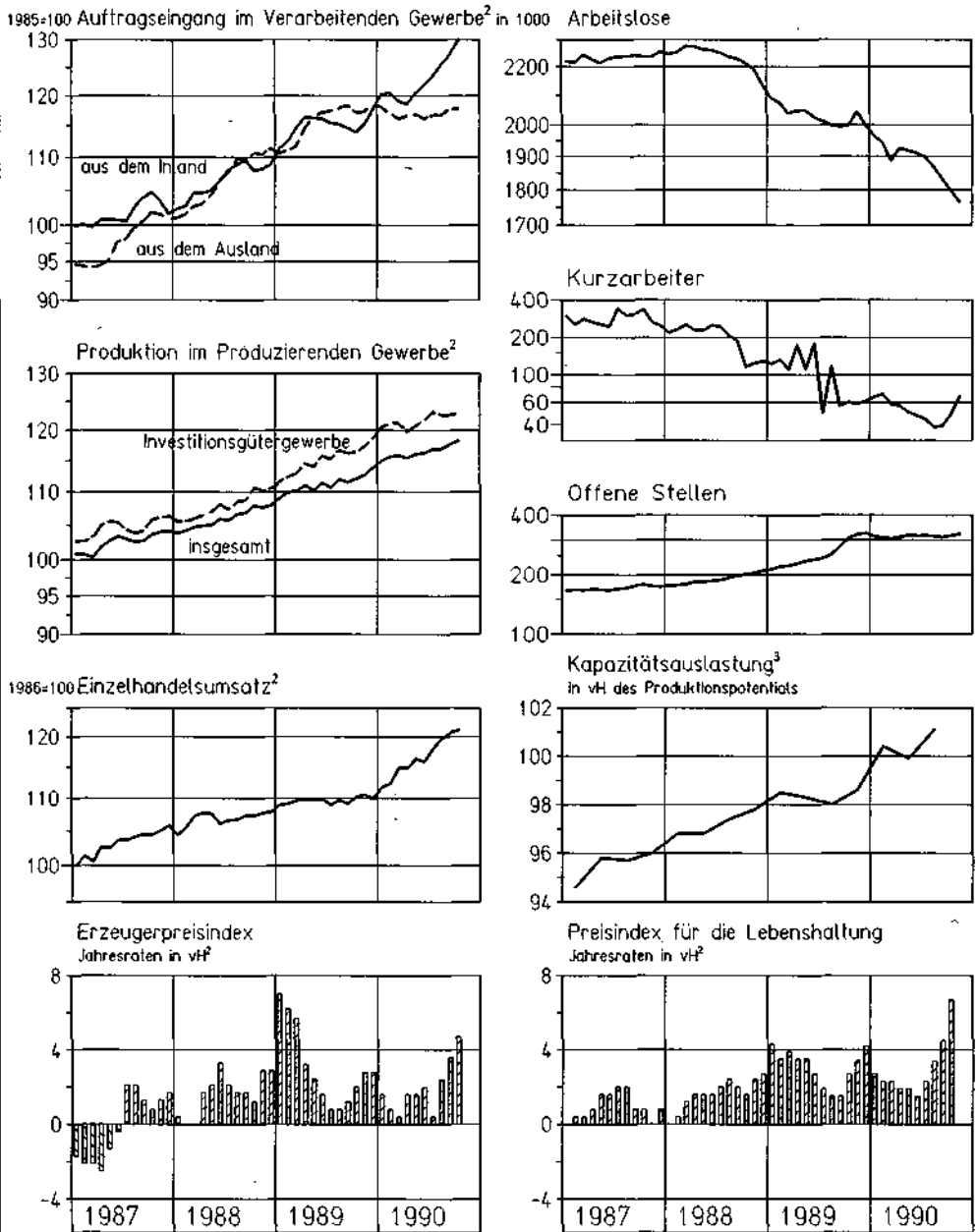
Dagegen hat die Warenausfuhr (ohne Lieferungen nach Ostdeutschland) seit dem Frühjahr dieses Jahres deutlich an Schwung verloren. Ausschlaggebend dafür sind die spürbar nachlassende Konjunktur auf dem nordamerikanischen Kontinent und der flacher verlaufende Produktionsanstieg in Westeuropa, dem wichtigsten Absatzmarkt deutscher Exporteure. Ein weiterer Grund für die nachlassende Ausfuhrdynamik ist die verschlechterte Exportposition deutscher Anbieter als Folge der anhaltenden Aufwertung der D-Mark, die im Oktober gegenüber dem amerikanischen Dollar rund 20 vH, gegenüber dem Yen etwa 10 vH im Vergleich zum Vorjahr betrug. Dämpfend hat wohl auch gewirkt, daß angesichts zunehmender Auftragsbestände die Lieferzeiten vielfach länger geworden sind. Dagegen haben nicht nur die Lieferungen nach Ostdeutschland, sondern auch die Käufe von ostdeutschen Bürgern in Westdeutschland sprunghaft zugenommen; sie trugen maßgeblich dazu bei, daß die Ausfuhr in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abermals stark stiegen.⁴

Die Einfuhr hat im Verlauf des Jahres 1990 nochmals kräftig zugenommen. Ausschlaggebend dafür war vor allem die günstige Konjunkturentwicklung im Inland. So stieg nicht nur die Einfuhr von Rohstoffen und Vorerzeugnissen parallel zur zügigen Produktionsausweitung, angesichts der hohen Kapazitätsauslastung bewirkte die starke inländische Nachfrage-

⁴ In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden im Gegensatz zur Zahlungsbilanzstatistik Lieferungen in die neuen Bundesländer weiterhin als Exporte erfaßt.

Schaubild 2

Indikatoren¹ zur Konjunkturlage in Westdeutschland



¹Saisonbereinigt. - ²Real; gleitender Dreimonatsdurchschnitt. - ³Gesamtwirtschaft.



ausweitung auch eine kräftige Zunahme der Fertigwarenimporte. Darüber hinaus führte der Nachfrageschub aus der ehemaligen DDR im Zusammenhang mit der deutschen Einigung zu verstärkten Durchfuhrimporten über die Bundesrepublik. Damit gingen von der Vereinigung Deutschlands kräftige Impulse für die Konjunktur in den Partnerländern aus.

Bei der beschriebenen Verlangsamung der Weltkonjunktur wird die westdeutsche Warenausfuhr im nächsten Jahr nur mäßig expandieren. Sollte der Ölpreis 1991, wie angenommen, bei etwa 28 US-\$ je Barrel liegen, so wird wegen der dadurch angespannten Devisensituation auch die Ausfuhr in die Entwicklungsländer und in die Staatshandelsländer sehr gedrückt verlaufen. Andererseits bedeutet dieser Ölpreis, der beträchtlich höher als vor der Invasion des Irak in Kuwait ist, daß die erdölexportierenden Länder über wesentlich größere Einnahmen verfügen; das wird sich im kommenden Jahr in einer größeren Importnachfrage dieser Länder bemerkbar machen. Allerdings wird bei dem auch im nächsten Jahr niedrigen Dollarkurs, im Jahresdurchschnitt dürfte er rund 1,45 DM betragen, und dem von uns erwarteten Realignment im Europäischen Währungssystem (EWS) die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Exportindustrie gedrückt bleiben. Insgesamt ist 1991 ein Zuwachs der Warenausfuhr (ohne Lieferungen nach Ostdeutschland) von rund 3 vH zu erwarten. Rechnet man jedoch den innerdeutschen Warenverkehr hinzu, so ist durch den weiterhin starken Güterbedarf Ostdeutschlands eine Zunahme der Ausfuhr von 8 vH im nächsten Jahr anzunehmen (Tabelle 1).

Angesichts weiterhin hoch ausgelasteter Kapazitäten und einer insgesamt günstigen Ertragslage werden die Unternehmen ihre Ausrüstungsinvestitionen 1991 abermals spürbar ausweiten. Darauf deuten nicht nur die bis zuletzt rasch expandierenden Auftragseingänge aus dem Inland bei den Herstellern von Investitionsgütern hin. Auch Umfragen bei den Unternehmen signalisieren eine hohe Investitionsbereitschaft. Dennoch wird die Zuwachsrate der Ausrüstungsinvestitionen wohl niedriger als in diesem Jahr ausfallen. So bleiben die Absatzexpectationen im Auslandsgeschäft gedämpft, und der zunehmende Lohnkostendruck verschlechtert die Gewinnaussichten. Auch werden die westdeutschen Unternehmen vermehrt Investitionsprojekte in Ostdeutschland verwirklichen, dies könnte für einige Unternehmen Anlaß sein, Vorhaben in Westdeutschland zurückzustellen.

Die Bauinvestitionen sind in diesem Jahr um etwa 5 vH ausgeweitet worden, die Auftragsbestände sind dabei noch gestiegen. Infolge der Überhitzung der Baukonjunktur haben sich die Baupreise 1990 doppelt so rasch wie die übrigen Preise erhöht. Wegen der großen Auftragsbestände wird die Bautätigkeit zunächst weiter erheblich zunehmen. Da sich für Ostdeutschland im nächsten Jahr eine spürbare Belebung der Baukonjunktur abzeichnet, von der westdeutsche Unternehmen wegen der knappen Kapazitäten im Osten stark begünstigt sein werden, wird sich der Preisanstieg leicht beschleunigen. Das Baupreisniveau dürfte 1991 im Durchschnitt um etwa 7,5 vH über dem Vorjahresstand liegen. Eine Nachfrageabschwächung ist im Einfamilienhausbau zu erwarten; hier wirken die starke Verteuerung der Bauleistungen und die anhaltend hohen Zinsen dämpfend. Für den Mietwohnungsbau ist dagegen nochmals mit einer kräftigen Expansion zu rechnen, da hier wegen der gestiegenen Mieten und der öffentlichen Förderung attraktive Investitionsrenditen erzielt werden können. Die Investitionen im Wirtschaftsbaue werden angesichts der abgeschwächten Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen etwas verlangsamt zunehmen. Im öffentlichen Bau werden die Investitionen im kommenden Jahr wohl deutlich schwächer als in diesem Jahr steigen, weil der finanzielle Spielraum der Gemeinden insbesondere durch kräftig steigende Personalausgaben eingeengt werden wird.

Die Verbrauchsausgaben der westdeutschen Haushalte werden 1991 schwächer als im Vorjahr ausgeweitet. So flacht sich der Beschäftigungszuwachs ab und die Steuerprogression

Tabelle 1 - Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland 1987-1991

	1989	1987	1988	1989	1990 ¹	1991 ¹
Verwendung des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH				
Privater Verbrauch	1 211,3	3,9	4,0	4,9	7,0	6,5
Staatsverbrauch	419,0	3,9	3,8	1,5	5,5	6,0
Anlageinvestitionen	458,4	3,3	6,7	10,2	12,5	10,5
Ausstattungsinvestitionen	207,6	5,6	8,4	12,3	14,0	9,5
Bauinvestitionen	250,8	1,6	5,3	8,5	11,0	11,0
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	29,2	(4,39)	(18,13)	(29,18)	(29,0)	(32,0)
Ausfuhr	787,1	0,2	7,6	14,4	10,0	10,5
Einfuhr	643,7	0,5	7,6	13,8	11,0	14,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	- 143,4	(113,43)	(122,16)	(143,45)	(152,1)	(141,3)
Bruttosozialprodukt	2 261,3	3,6	5,3	6,5	8,0	6,5
Inländische Verwendung	2 117,8	3,9	5,2	5,8	8,0	7,5
Verwendung des Bruttosozialprodukts in Preisen von 1980						
Privater Verbrauch	963,8	3,3	2,7	1,7	4,0	3,0
Staatsverbrauch	332,9	1,6	2,3	-0,9	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	374,3	2,2	5,1	7,1	8,5	5,0
Ausstattungsinvestitionen	169,2	5,6	7,5	9,7	12,5	6,5
Bauinvestitionen	205,1	-0,3	3,3	5,1	5,0	3,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	22,4	(5,37)	(15,52)	(22,37)	(22,0)	(25,0)
Ausfuhr	649,1	0,9	5,7	11,5	9,0	8,0
Einfuhr	576,5	4,8	6,0	8,8	10,0	9,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	72,6	(51,01)	(52,23)	(72,62)	(75,0)	(71,0)
Bruttosozialprodukt	1 766,0	1,6	3,7	3,9	4,5	3,0
Inländische Verwendung	1 693,4	2,8	3,7	2,7	4,5	3,0
Preisniveau des Bruttosozialprodukts	1980=100					
Privater Verbrauch	125,7	0,6	1,2	3,2	2,5	3,5
Ausstattungsinvestitionen	122,7	0,1	0,8	2,3	1,5	3,0
Bauinvestitionen	122,3	1,9	2,0	3,3	6,0	7,5
Ausfuhr	121,3	-0,8	1,8	2,6	1,0	2,5
Einfuhr	111,6	-4,1	1,5	4,6	1,0	4,5
Bruttosozialprodukt	128,0	2,0	1,6	2,6	3,0	3,5
Inländische Verwendung	125,1	1,1	1,4	3,0	3,0	4,0
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1980	Mrd. DM					
Arbeitsvolumen	-0,1	0,9	0,8	2,0	1,5
Produktivität	1,8	2,8	2,5	2,5	2,0
Bruttoinlandsprodukt	1 745,7	1,7	3,7	3,3	4,5	3,5
Einkommensverteilung						
Volkseinkommen	1 751,8	3,7	5,6	6,0	8,0	6,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmerr- tätigkeit und Vermögen	575,2	2,9	9,4	9,1	9,0	5,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 176,6	4,0	3,9	4,5	7,5	7,0
in vH des Volkseinkommens	69,2	68,1	67,2	67,0	67,0
Lohnkosten je Produkteinheit ²	2,2	0,1	0,4	2,5	4,0
Staat ³						
Einnahmen	1 021,0	2,8	3,7	7,9	4,0	6,5
Ausgaben	1 015,6	4,1	4,3	2,5	10,0	10,5
Finanzierungssaldo (Mrd. DM)	5,5	(-38,00)	(-45,26)	(5,46)	(-55,0)	(-100,0)
Arbeitslose (Mill.)	2,23	2,24	2,04	1,89	1,80
Erwerbstätige (Mill.)	27,05	27,26	27,64	28,5	28,9

¹ Geschätzt. - ² Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. - ³ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik. Stuttgart 1990, H. 9. - Eigene Schätzungen.

greift wieder voll. Trotz etwas höherer Tariflohnabschlüsse steigen die verfügbaren Einkommen deshalb deutlich langsamer als in diesem Jahr. Die reale Kaufkraft nimmt sogar deutlich weniger zu, weil der Preisanstieg höher ist. Stabilisierend wirkt, daß die Sparneigung, die 1990 vor allem wegen der Steuersenkung sehr hoch war, leicht zurückgeht. Alles in allem erwarten wir 1991 gegenüber 1990 einen Zuwachs des privaten Verbrauchs von rund 3 vH.

Bei der beschriebenen Konjunktorentwicklung wird der Importsog anhalten. Zwar ist mit einer leichten Verlangsamung des Produktionsanstiegs zu rechnen, die Kapazitätsauslastung bleibt aber hoch. Für eine rasche Zunahme der Importe spricht auch die anhaltend günstige Preiswettbewerbsposition ausländischer Anbieter. Wegen der größeren Zahl der Pendler aus Ostdeutschland wird die Ausweitung der Dienstleistungseinfuhr deutlich höher als die der Wareneinfuhr ausfallen. Zusammengefaßt dürfte die Einfuhr von Waren und Diensten um 9 vH zunehmen. Unter der für den Erdölpreis (28 US-\$ je Barrel) getroffenen Annahme werden die Einfuhrpreise im Verlauf von 1991 weitgehend stabil bleiben. Preisdämpfend wirkt dabei, daß die Rohstoffpreise infolge der zurückhaltenden Nachfrage nach Industrierohstoffen eher sinken dürften und daß mit dem hohen D-Mark-Kurs gegenüber dem amerikanischen Dollar viele Produkte billiger als in diesem Jahr importiert werden können.

Insgesamt ist auch für das kommende Jahr mit einer kräftigen wirtschaftlichen Expansion zu rechnen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion Westdeutschlands, das reale Bruttoinlandsprodukt, dürfte um rund 3,5 vH zunehmen. Dieser Zuwachs, der zwar etwas geringer als 1990 (4,5 vH) wäre, überträfe das Potentialwachstum vermutlich nochmals, wenn auch nur leicht. Die Kapazitätsauslastung dürfte damit weiterhin auf sehr hohem Niveau bleiben. Mit der Verlangsamung des Expansionstempos wird die Zahl der Beschäftigten 1991 etwas schwächer ausgeweitet werden, vom vierten Quartal 1990 bis zum vierten Quartal 1991 aber dennoch um rund 200 000 steigen. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Verlauf von 1991 aber kaum noch weiter abnehmen.

Gesamtdeutschland: Leistungsbilanzüberschuß geht kräftig zurück – kein Handlungsbedarf für die Geldpolitik

In Westdeutschland und Ostdeutschland zusammengenommen zeichnet sich in der Tendenz sowohl für das Jahr 1990 als auch für 1991 eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um ungefähr 2 vH ab (Tabelle 2). Dies ist eine Schätzung, die auf einer sehr unsicheren Datenbasis beruht. Wegen der unterschiedlichen Problemlagen – Hochkonjunktur im Westen, Strukturkrise im Osten – ist die Zuwachsrates der Produktion für das gesamte Wirtschaftsgebiet zudem wenig aussagefähig. Auch für die Schätzung einer gesamtdeutschen Arbeitslosenquote, sie dürfte 1991 bei rund 8 vH (1990: 5,5 vH) liegen, gilt, daß ihre Aussagekraft gering ist, kommt es doch nur in Ostdeutschland zu einem Abbau von Arbeitsplätzen.

Ebenso wie beim Zuwachs der Produktion und bei der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind auch alle anderen Schätzungen für Gesamtdeutschland mit hohen Fehlermargen behaftet. Dies gilt ganz besonders für eine Prognose der Staatsausgaben, die in einem direkten Zusammenhang mit der Vereinigung stehen, und der Defizite in den öffentlichen Haushalten. Eine gleichwohl vorgenommene Schätzung läßt vermuten, daß vor allem wegen der hohen Ausgaben für die Finanzierung der Sozialleistungen und zum Ausbau der Infrastruktur das staatliche Finanzierungsdefizit – in der Abgrenzung der Finanzstatistik – 1991 eine Größenordnung von 5 vH des gesamtdeutschen Bruttosozialprodukts erreichen wird.

Tabelle 2 - Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1990-1991

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Bundesrepublik Deutschland	
	1990	1991	1990	1991	1990	1991
Bruttoinlandsprodukt (vH) ¹	4,5	3,5	-20	-10	2,0	2,0
Bruttosozialprodukt (vH) ¹	4,5	3,0	-18	-5	2,0	2,0
Beschäftigte Arbeitnehmer ² (1000 Personen)	25 400	25 800	8 800	6 700	34 200	32 500
Arbeitslose (1000 Personen)	1 890	1 800	240	1 350	2 130	3 150
Kurzarbeiter (1000 Personen)	55	100	770	1 650	825	1 750
Finanzierungssaldo Staat ³ (Mrd. DM)	85	130
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	75	25

¹ In konstanten Preisen, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. - ² Beschäftigte im Inland. - ³ Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik. Stuttgart 1990, H. 9. - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht Nr. 46, Berlin, 15. November 1990. - Eigene Schätzungen.

Mit der Einführung der D-Mark in Ostdeutschland ist in der Grundtendenz eine gleichläufige Preisentwicklung in beiden Regionen zu erwarten. Eine Schätzung der Preisentwicklung in Ostdeutschland innerhalb des Jahres 1990 und gegenüber dem Vorjahr bewegt sich allerdings wegen der durch die Preisfreigabe und den Abbau vieler Subventionen erfolgten Veränderungen der Preis- und der Nachfragestruktur derzeit auf so unsicherem Grund, daß wir Zahlen nicht vorlegen wollen. Im Jahre 1991 werden in den neuen Bundesländern vermutlich die Mieten, die Energiepreise und die Verkehrstarife deutlich erhöht, sie waren von der Preisfreigabe am 1. Juli 1990 ausgenommen worden. Deshalb wird der Anstieg der Konsumentenpreise in den neuen Bundesländern 1991 wohl höher sein als in den alten Bundesländern. Hier werden die Konsumentenpreise im Durchschnitt des Jahres 1991 mit einer Rate von 3,5 vH stärker steigen als 1990 (2,5 vH). Dazu trägt nicht nur bei, daß die Ölpreise im Jahresdurchschnitt deutlich höher als im Vorjahr sind. Hinzu kommt, daß sich die Lohnstückkosten 1991 stärker als 1990 erhöhen. Außerdem führen die hohe Nachfrage nach Wohnraum und kräftig steigende Baupreise zu einem beschleunigten Anstieg der Mieten.

Der Aufbau der Wirtschaft in Ostdeutschland erfordert einen erheblichen Ressourcenzufluß. Angesichts der hoch ausgelasteten Kapazitäten in Westdeutschland und vorhandener freier Kapazitäten im Ausland steigen die Importe Deutschlands sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr kräftig, während die Exporte nur sehr verhalten zunehmen. Mit der verstärkten Absorption wird sich der deutsche Leistungsbilanzüberschuß in beiden Jahren spürbar verringern, zumal die Übertragungen infolge der zusätzlichen Zahlungsverpflichtungen, die beispielsweise aus der Golfkrise und der vereinbarten Hilfe für die Sowjetunion resultieren, deutlich steigen. Dies alles bietet keinerlei Anlaß zur Besorgnis, selbst ein Defizit in der Leistungsbilanz nicht, vorausgesetzt es ist das Ergebnis eines kräftigen Expansionsprozesses in Deutschland. Auch steigende Zinsen in Deutschland sind im Zeichen kräftiger Expansion nicht bedenklich, signalisieren sie doch eine zunehmende Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, besonders in den neuen Bundesländern. Dies bedeutet, daß die Geldpolitik den Abbau des Leistungsbilanzüberschusses, selbst eine Passivierung der Leistungsbilanz, hinnehmen muß und im Zinsanstieg keinerlei Handlungsaufforderung sehen darf, zumal Zinsanstieg (und Preisniveaueauftrieb) in sich selbst dämpfende Kräfte bergen. Handelt die Geldpolitik monetär verengend, erschwert sie den Aufschwung in den neuen Bundesländern.

Summary

Federal Republic of Germany: Economic Collapse in the East - Boom in the West

In unified Germany, economic developments strongly diverge in the eastern and in the western part. Because of lacking competitiveness many firms in East Germany were forced to reduce output drastically after the implementation of the German Economic, Monetary and Social Union on July 1, 1990. In the third quarter of the year, industrial production was 50 p.c. below the level one year before. The number of short-time workers and of unemployed increased sharply. New productions have been taken up only reluctantly. In particular, investment by western companies, which is urgent for a rapid reconstruction of the economy, has remained weak, being restrained by unsolved ownership problems, the lack of administrative decisions and the bad state of public infrastructure. However, in the service sector many small businesses have newly been established.

In contrast, in West Germany, the economic expansion strengthened further during summer. In the third quarter of 1990, real Gross National Product was 5.5 p.c. higher than one year before, stimulated in particular by buoyant demand from East German private households for western style products; this demand was supported by comprehensive public transfer payments from the West. On the other hand, West German exports to western industrial countries stagnated because of the weakening of the economic expansion abroad and of the noticeable appreciation of the D-Mark. All in all, the degree of capacity utilization further increased to an unusually high level. Conditions in the labour market continued to improve with the ongoing economic expansion. Despite the strong upswing the rise of consumer-prices remained moderate, the higher inflation rate in the second half of the year primarily reflecting the oil-price-hike.

Economic activity in East Germany will remain depressed for the months to come as adjustment to market conditions requires further restructuring of the economy and reduction of costs. Also, many firms which are dependent on subsidies cannot be cured and must close down. On the other hand, there are viable firms, and new firms will take up production. Yet, it takes time before the decline of old productions can be met by new supply, and before the political decisions become effective, which are urgent to promote the adjustment process. However, we assume the East German economy to rapidly pick up in the second half of 1991, based on a broad investment boom. Nevertheless, in the average of 1991, real gross domestic product will be by about 10 p.c. lower than in 1990, after a decline by 20 p.c. this year.

For West Germany, we expect the upswing, that started in 1982, to continue in 1991, however, at a more moderate pace. Domestic demand is still increasing strongly. According to surveys, enterprises plan to expand investment outlays perceptibly in 1991. The consumption climate is still favourable. Demand from East Germany is likely to continue to increase vividly, the focus, however, shifting from consumption goods to capital goods. Yet, slightly higher interest rates as well as stronger price and cost increases will dampen the expansion of domestic demand somewhat. Foreign demand will increase only slightly, as the economic expansion in major trading partner countries remains moderate. For 1991, we therefore assume a lower increase of real gross domestic product than in 1990, the rate of growth being 3.5 p.c. (1990: 4.5 p.c.). With this growth rate, the degree of capacity utilization in West Germany will remain on its high level inducing significantly more imports, which support production in other partner countries.

Forecasts for the economy of the united Germany are subject to large errors because of an insufficient and unreliable data basis. Moreover, aggregate indicators do not give evidence

about the pronounced divergence in the economic development in the East and in the West of Germany. Nevertheless, estimates seem to suggest an increase of real gross domestic product of the united Germany by roughly 2 p.c. in 1990 as well as in 1991. The overall German public sector deficit in the definition of the national income accounts (including the German Unity Fund, the social security systems and the Treuhand Agency) will amount to about 130 bill. DM in 1991, in particular due to high social transfer payments in East Germany. As a result of enhanced domestic absorption and high capacity utilization in West Germany, the all German foreign trade surplus will recede noticeably (from 75 bill. DM in 1990 to 25 bill. DM in 1991).